



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

23.03.04

Städte brauchen verlässliche Handlungsgrundlagen
Delegationsreise GRÜNER VertreterInnen aus NRW nach Berlin

Presseerklärung

Auf Dortmunder Initiative werden rund 30 Personen aus den großen GRÜNEN Kommunalfraktionen in NRW am Freitag, den 23.04.04 nach Berlin fahren, um der GRÜNEN Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und dem Bundesvorsitzenden Reinhard Bütikofer im Reichstagsgebäude die Befürchtung vorzutragen, dass die nordrhein-westfälischen Kommunen durch die Gemeindefinanzreform und durch die Neuordnung der kommunalen Zuständigkeit im Rahmen der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nicht ent- sondern zusätzlich belastet werden. Für Dortmund ergäbe sich auf der bisherigen Berechnungsgrundlage ein Defizit von 80-110 Millionen Euro. Damit wäre Dortmund wie auch andere Kommunen faktisch handlungsunfähig.

Im Gespräch mit den BUNDESGRÜNEN muss es darum gehen, die Problemlagen vor Ort zu vermitteln und dringend notwendige Nachbesserungen einzufordern. Es reicht nicht aus, pauschal eine bundesweite Entlastung zuzusichern. Wir erwarten, dass die Quantifizierungsgruppe der Gemeindefinanzreformkommission die Berechnungen aus den Kreisen und kreisfreien Städten vergleichbar gemacht und diese in verschiedenen Szenarien nachgerechnet werden. Bundesregierung, Länder und kommunale Spitzenverbände müssen auf diesem Weg zu einer einheitlichen Interpretation der finanziellen Folgen von Hartz IV kommen. Falls im Saldo die Entlastung für alle Kommunen erreicht wird, jedoch die NRW-Kommunen nicht entsprechend entlastet werden, ist eine (Teil-)übernahme der KdU (Kosten der Unterkunft) notwendig, so dass keine zusätzliche Belastung der Kommunen eintritt.

Wir werden darauf drängen, dass den Kommunen entsprechende Ergebnisse noch vor der Sommerpause vorliegen, um eine angemessene Vorbereitung für die kommenden Haushaltsberatungen zu ermöglichen.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Ein weiteres Anliegen ist uns die Geschäftspolitik der Bundesagentur für Arbeit, sowie die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen vor Ort und der Kommunen. Aus Dortmunder Sicht beobachten wir seit geraumer Zeit, dass bereits in Erwartung der Umstrukturierung der Arbeitsmarktpolitik die örtliche Beschäftigungsförderung und Qualifizierung in erheblichem Umfang Einbrüche erleiden. Die Ausschreibungspraxis der Bundesagentur, die durch Bildung großer Lose Kosten reduzieren will, hat bereits zum Verdrängen kleinerer Träger geführt. Mittlerweile ist auch eine äußerst erfolgreiche Einrichtung, die außerbetriebliche Ausbildungsstätte an der Huckarder Straße gefährdet. Hierfür ist unter anderem die Streichung von Landesmitteln verantwortlich. Da faktisch in dieser Einrichtung Fallmanagement betrieben wird, halten wir eine Kompensation durch die Bundesagentur für folgerichtig.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese und ähnliche Einrichtungen in möglicherweise an neue Erfordernisse angepassten Form erhalten bleiben und damit insbesondere den besonders schwer zu vermittelnden Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Jobcenter und Einrichtungen wie die Ausbildungsstätte müssen Hand in Hand arbeiten. Die Regelung der Finanzierung muss auch im Interesse des Bundes sein, da Jugendliche ohne Ausbildung und mit zusätzlichen Handicaps kaum vermittelbar sind und die Minderung der Jugendarbeitslosigkeit erklärtes Ziel der Bundesregierung ist.

Auch Regelsatzerlöse für große Bedarfsgemeinschaften, sprich Familien, muss überprüft und angepasst werden. In der jetzigen Ausgestaltung ist sie nicht armutsfest.

Konkrete Regelungen sind auch bei der Zusammenarbeit von Bundesagenturen und Sozialverwaltung in so genannten Arbeitsgemeinschaften erforderlich. Hier muss vor allen Dingen sichergestellt werden, dass qualifizierte Fallmanager der städtischen Verwaltungen von der BA übernommen und finanziert werden bzw. ein Personaltransfer gegen Kostenerstattung stattfindet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben in Dortmund bereits entsprechende Forderungen erhalten und einen gemeinsamen Antrag an den Landesparteirat unterstützt, der die genannten Forderungen enthält.

Wir wollen erreichen, dass unsere VertreterInnen in Berlin ihrem Koalitionspartner deutlich machen, wie dringlich Klärung der offenen Frage und wie notwendig es ist, die finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern. Wir erwarten konkrete Antworten auf die benannten Problembereiche. Nur so können die Kommunen weiterhin beschäftigungspolitisch und sozialpolitisch aktiv und verantwortungsbewusst agieren.